

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 7. Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen (B/007/2021)

am Mittwoch, 27. Januar 2021,

16:30 Uhr

**im Neuen Rathaus, 2. Etage, Festsaal,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:30 Uhr
Ende der Sitzung: 18:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Beate Kursitza-Graf

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Tanja Schewe

Silvana Wendt

abwesend: 16.30 Uhr - 16:50 Uhr

Anja Apel

Uwe Vetterlein

Maximilian Hempel

Falk Hempel

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Dr. Jan Blüher

Jürgen Dudeck

Annett Heinich

Birgitt Prella

nicht stimmberechtigte Mitglieder

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

Elvira Kruse

Manuela Scharf

Ulrike Wyzisk

Stellvertretende Mitglieder

Emanuel Kirschner

Vertretung für Frau Dr. Cornelia Hähne

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Dr. Cornelia Hähne

Verwaltung:

Herr Pfeil

Stadtplanungsamt

Herr Köhler

Stadtplanungsamt

Gäste:

Herr Dr. Müller

Schriftführer/-in:

Frau Kinscher

Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- 1** Maßnahmenliste "Lieblingsplätze für alle"

- 2** Konzept zur Schaffung eines Vernetzungs- und Beteiligungszentrums in der inneren Altstadt **A0145/20
beratend**

- 3** Sonstiges

öffentlich

Einleitung:

Frau Kursitza-Graf begrüßt die Mitglieder und Gäste. Virtuell zugeschaltet haben sich folgende Mitglieder: Frau Prella, Frau Heinich, Herr Kirschner (i. V. für Frau Dr. Hähne), Herr Dr. Blüher, Herr Hempel, Falk und Herr Stadtrat Vetterlein. Die Sitzung wird erstmalig in hybrider Form durchgeführt. Sie stellt die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und erläutert das Prozedere zur Durchführung der Sitzung.

1 Maßnahmenliste "Lieblingsplätze für alle"

Frau Kursitza-Graf informiert, dass der Freistaat Sachsen, so wie jedes Jahr, das Förderprogramm „Lieblingsplätze für alle“ aufgelegt hat. Die Maßnahmenliste liege allen Mitgliedern bereits vor und sie übergibt Herrn Köhler und Herrn Pfeil das Wort.

Herr Köhler korrigiert, dass der Freistaat Sachsen das Programm nicht aufgelegt hätte, aber vom Sozialministerium sei übermittelt worden, dass das Programm in gleicher Höhe fortgeführt werden soll, wie in den vergangenen Jahren. Es fehle nun aber noch am Landeshaushalt, d. h. man wisse nicht, wie der Haushalt beschlossen würde. In der derzeitigen Situation gebe es verschiedene Szenarien. Schlimm wäre, diese freiwillige Aufgabe auszusetzen. Davon gehe man aber nicht aus und deshalb würde versucht, das Programm wie in den vergangenen Jahren fortzuführen. Der Antrag müsse am 29. Januar 2021 von der Stadt Dresden bei der Sächsischen Aufbaubank (SAB) eingereicht werden, deshalb wäre eine Zustimmung heute im Beirat sehr wichtig.

Einen kurzen Abriss gibt Herr Köhler über das vergangene Jahr. Gefördert wurden 22 Projekte, es seien aber noch nicht alle Projekte abgerechnet. Auf Grund der aktuellen Situation wurde der Abrechnungszeitraum um ein viertel Jahr verlängert. Derzeit sei ein Finanzvolumen von 369.500 Euro vereinbart worden, zur Verfügung standen in 2020 376.500 Euro. Es würde versucht, die restlichen Mittel über Ergänzungsvereinbarungen den Projektträgern zukommen zu lassen, so dass möglichst keine Fördermittel zurückgegeben werden müssen.

In Zusammenarbeit mit Herrn Pfeil hätte er alle Projekte, die für das Jahr 2021 eingegangen sind, aufgelistet, die den Mitgliedern vorliegt. Er erörtert anhand der Tabelle, wo die Knackpunkte und die Grenzen der Förderung seien. Es sei in zwei Kategorien aufgeteilt worden, die Kategorie A beinhalte „sonstige Projekte“ und Kategorie B „Arzt- und Zahnarztprojekte“. Er informiert über die Arzt- und Zahnarztprojekte, dafür seien auch vom Freistaat Sachsen ein Viertel der zur Verfügung stehenden Mittel vorgesehen. Herr Köhler fragt, ob es zu dem ersten Bereich Fragen gebe.

Herr Dr. Blüher teilt mit, dass er die Ausführungen von Herrn Köhler kaum verstanden hätte.

Frau Kursitza-Graf bittet die Mitarbeiter des Veranstaltungsdienstes, das technische Problem zu lösen.

Es gibt keine Fragen zum inhaltlichen Teil der „Arzt- und Zahnarztprojekte“.

Der größere Teil sei die Kategorie A „sonstige Projekte“, fährt **Herr Köhler** fort. Er informiert, dass das Programm „Lieblingsplätze für alle“ nur für kleinere Umbauten o. ä. vorgesehen sei und erörtert ausführlich anhand der vorliegenden Maßnahmenliste.

Er bittet um Fragen.

Frau Stadträtin Apel hinterfragt zur „Scheune“, ob es nicht doch eine Möglichkeit gebe, auch wenn diese fünf Jahre nicht garantiert werden können. Sie glaubt, dass das tatsächlich von relativ vielen Menschen genutzt wird, bei Veranstaltungen hätte sie oft Menschen mit Rollstühlen gesehen. Der Bedarf sei da. Weiterhin meint sie, dass sie dieses Mal alles sehr ausgewogen und gut findet. Sie interessiert, wie damit umgegangen wird, wenn eine Einrichtung pleitegeht und aufhören würde zu existieren und nennt das Beispiel KiF (Kino in der Fabrik).

Das sei in der Tat ein Problem, entgegnet **Herr Köhler**. Bisher sei es so gewesen, wenn Projekte nicht durchgeführt worden seien, hätte es keinen finanziellen Verlust gegeben, außer dass Fördermittel an die SAB zurückgegeben werden mussten. Bei diesen Projekten, wo eine Anlage, Rampe gefördert werden, bleibt das bestehen und könne eventuell vom Nachmieter genutzt werden. Das sei vorher schwer abzuschätzen. Bisher seien ihm solche Fälle nicht bekannt, dass rigoros Fördermittel zurückgefordert werden mussten, weil zwischendurch Insolvenz oder andere Vorkommnisse eingetreten sind. Es wäre zu überlegen, ob Projekte, die vor drei oder vier Jahren gefördert worden, nochmals nachzuprüfen.

Frau Heinich hat sich auch zu Wort gemeldet, ist jedoch momentan technisch nicht möglich.

Eingehen möchte **Frau Scharf** auf das Thema „Treppenlift“ im KiF, welches auch auf die Landesebene transportiert werden müsse. Schlecht wäre, wenn der Treppenlift im Gebäude verbleiben und niemandem mehr zu Gute kommen würde. Sie wolle das Anliegen mitnehmen.

Herr Pfeil äußert sich zum Thema „Scheune“. Das eine sei die Zweckbindung, die dort fraglich ist und das andere sei, dass aus dem Antrag nicht klar hervorgehe, welche Maßnahmen von dem Gesamtkonzept wirklich dort der Barrierefreiheit dienen. Speziell bei dem Toilettencontainer sei ein Grundriss beigelegt worden, wo das barrierefreie WC nicht den technischen Anforderungen entspreche. Diese Dinge müssen mit dem Zuwendungsempfänger geklärt werden. Beim Thema „Zweckbindung“ sei es aus seiner Sicht so, dass schlimmstenfalls die Fördermittel vom Zuwendungsempfänger zurückgefordert würden. Im Fall einer Insolvenz des Zuwendungsempfängers könnte es theoretisch sein, dass dann die Landeshauptstadt Dresden die Fördermittel zurückzahlen müsse. Die Gefahr bestehe tatsächlich.

Frau Heinich stellt schriftlich die Frage, wenn die „Scheune“ einen Nachnutzer garantiert, ob dann eine Förderfähigkeit gegeben sei.

Herr Pfeil denkt ja, dass das geht. Das wären dann die technischen Dinge, die unbedingt zu klären wären.

Das gesamte Gebäude des Gemeindehauses Gruna soll mit als Tagespflege genutzt werden, so **Herr Dudeck**. Er fragt, ob das über Teilhabe gefördert werden könne.

Grundsätzlich ja, antwortet **Herr Köhler**, nur sei über das Programm „Lieblingsplätze für alle“ die Förderung aus der Sicht des Stadtplanungsamtes grundsätzlich ausgeschlossen. Der Projektträger, die Kirchgemeinde, müsste da einen Antrag bei der SAB stellen.

Frau Kursitza-Graf möchte wissen, ob es weitere Fragen zur Maßnahmenliste gebe.

Das ist nicht der Fall und sie erläutert nochmals, was inhaltlich abgestimmt werden soll. Die heute abzustimmende Förderliste sei so zu verstehen, dass damit eine Priorisierung festgelegt wird. Bewusst würden mehr Projekte auf der Liste bestätigt, als Mittel vorliegen, damit man die Chance hätte, Nachrückerprojekte zu fördern.

Ergänzen möchte **Herr Köhler**, dass auf der Liste bis zum Projekt Nr. 20 die Mittel vorliegen würden, ab der Nummer 21 seien dies Nachrückerprojekte. Weiterhin sei heute noch ein Antrag zur Erneuerung der Höranlage von der Dreikönigskirche eingegangen. Das sei bereits schon einmal von Seiten der SAB abgelehnt worden. Nur Maßnahmen, die zum erstmaligen Abbau von Barrieren dienen, können über das Programm gefördert werden. Für Erneuerungen und die Erhaltung von bestehenden Anlagen sei der Betreiber selbst verantwortlich, deshalb müsse das Projekt auch abgelehnt werden.

Es gibt keine weiteren Nachfragen oder Ergänzungen und **Frau Kursitza-Graf** stellt die den Mitgliedern so zugewandene und heute vorgestellte Liste zur Abstimmung.

Die Mitglieder, die virtuell zugeschaltet sind, fragt **Frau Kursitza-Graf** zuerst ab.

Herr Dr. Blüher äußert, er enthalte sich der Stimme wegen des Projektes der Bäder GmbH.

Der Maßnahmenliste wurde somit mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung zugestimmt.

Frau Kursitza-Graf dankt dem Stadtplanungsamt und beendet den Tagesordnungspunkt. Sie gehe davon aus, dass die Landesmittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden.

2 Konzept zur Schaffung eines Vernetzungs- und Beteiligungszentrums in der inneren Altstadt

**A0145/20
beratend**

Frau Stadträtin Apel bringt den Antrag ein.

Herr Dudeck und Herr Dr. Müller hätten Vorschläge schriftlich eingebracht, mit der Bitte um Ergänzung bzw. Änderung des Antrages. Diese erläutert Frau Stadträtin Apel.

Frau Kursitza-Graf fasst nochmals zusammen. Die Intension des Antrages soll sein, sich mit einer Konzeptidee auseinanderzusetzen, die dieses Miteinander konzipiert. Das sei für sie der Schwerpunkt dessen, was umgesetzt werden würde, wenn es so dazu käme. Weiterhin sollten

die Ergänzungen zum vorliegenden Antrag aufgenommen werden, die aus dem Schwerpunkt des Runden Tisches der Senior*innen gekommen seien.

Die Idee sei gut, erörtert **Herr Dudeck**. Er beantragt jedoch, im Antrag noch in den Punkt 2 des Antrages einzubringen: „...es ist barrierefrei (nicht barrierearm) im Sinne der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Landeshauptstadt Dresden“. Sonst könne er nicht zustimmen.

Tatsächlich sei es eine ganz bewusste Formulierung, erläutert **Frau Stadträtin Apel**. Barrierefreie Räume zu finden, werde nicht möglich sein. Im Originalantrag gebe es die Formulierung „barrierearm“, das würde bedeuten, nach möglichst guten Räumen zu suchen, die das ermöglichen, mit der langfristigen Zielsetzung der Herstellung der vollständigen Barrierefreiheit. Ihr sei es wichtig, jetzt die Zeit zu nutzen, wo so viele Räume in der Dresdner Altstadt beginnen, leer zu stehen.

Herr Stadtrat Vetterlein schließt sich auch den Ausführungen von Herrn Dudeck an, dass die Idee an sich gut und zu verfolgen sei. Er hinterfragt, ob er richtig verstanden hätte, dass Ältere, Senior*innen und Menschen mit Behinderungen in irgendeiner Form zusammengebracht werden sollen.

Es gehe nicht nur um ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen, sondern auch um junge Leute, antwortet **Frau Stadträtin Schewe**, also viele verschiedene Gruppen von Menschen, wo sie sich gemeinsam treffen können, um beispielsweise zusammen zu kochen. Dafür würden zuerst Räume gebraucht. Momentan stehe man vor einem großen gesellschaftlichen Problem, dass dieses auseinanderfällt und das wäre ein Vorschlag, dem entgegenzuwirken. Sie informiert über die Stadt Hannover, wo auch so ein Treffpunkt für Menschen unterschiedlichster Bereiche entstanden sei. Das funktioniere dort gut und würde auch angenommen.

Warum würde nicht auch von Obdachlosen gesprochen, die integriert werden, fragt **Herr Stadtrat Vetterlein** weiter?

Es sei geplant, dass die Preise, die die Menschen beispielsweise für Essen zahlen müssen, individuell sind, so **Frau Stadträtin Schewe** und erläutert an einem Beispiel in Holland. Es sei eine gute Idee, in der Richtung weiterzumachen.

Frau Stadträtin Wendt sieht das ähnlich wie Herr Dudeck und möchte den Antrag auch umformulieren. Verwendet man das Wort „langfristig“, könnten daraus auch zehn Jahre werden. Sie schlägt vor, das Wort „langfristig“ zu entnehmen und „...es ist barrierefrei bzw. Barrierefreiheit herzustellen“ einzubringen.

Frau Kursitza-Graf äußert, Frau Stadträtin Apel nehme den Vorschlag auf, das Wort „langfristig“ zu streichen.

Herr Dudeck geht nochmals auf „Barrierefreiheit“ ein, sonst stimme er dem Antrag nicht zu.

Die Definition „Barrierearmut“ wäre schon weit gefasst, ergänzt **Frau Kruse**. Weiterhin sei zu überlegen, den Begriff „niedrigschwellig“ mit einzubringen, dann würden auch die wohnungslosen Menschen mit einbezogen werden. Sie bezieht sich auf den zweiten Punkt des Antrages.

Barrierearmut sei **Herrn Dudeck** zu allgemein, deshalb sagte er bereits „barrierefrei für die Zielgruppe“. Bei Hörgeschädigten sei das nunmal beispielsweise eine Höranlage mit Induktionsschleife.

Frau Wyzisk wolle auf die Ausführungen von Frau Kruse reagieren, die das Wort „Niedrigschwelligkeit“ in Verbindung mit Wohnungslosigkeit gebracht hätte. Frau Wyzisk sehe das Wort „niedrigschwellig“ eher in Verbindung mit „antragsgebunden nach SGB IX“. Niedrigschwellig in Verbindung mit Wohnungslosigkeit sei ihr nicht bekannt. Weiterhin sagt sie aus, dass in der Fachförderrichtlinie auf die Barrierefreiheit hingewiesen wird, aber nicht alle Projekte seien barrierefrei, beispielsweise das Frauenhaus Dresden. Es gebe noch viele Dinge, die verbesserungswürdig sind, auch wenn in den Seniorenbegegnungs- und -beratungsstellen und den Angeboten für Menschen mit Behinderungen eine Barrierefreiheit weitestgehend gegeben ist. Im Sozialamt sei man nach der Fachförderrichtlinie bereits gut unterwegs, aber noch nicht alles sei konkret vollständig umgesetzt.

Frau Kursitza-Graf geht nochmals auf die Anmerkung von Herrn Dudeck und dem Erfordernis der Hörschleife bzw. Unterstützung für hörbeeinträchtigte Menschen ein. Sie könne sich gut vorstellen, wenn es solche Begegnungsräume gebe, dass sich dort die Stadtarbeitsgemeinschaft treffen könnte. Man müsse schauen, was es bereits an Dingen gebe, die dann wieder zusammengeführt werden könnten. So könne unproblematisch eine Lösung gefunden werden.

Der Vorschlag von Frau Wyzisk könnte aufgegriffen werden, entgegnet **Frau Scharf**. Wenn in der Fachförderrichtlinie „soll barrierefrei sein“ enthalten ist, sei das auch gut für den Antrag, das hier aufzuführen. Das sei ein guter Kompromiss, der eingegangen werden könne. Grundsätzlich findet sie den Antrag sehr gut. Für die Entwicklung von Kultur- und Nachbarschaftszentren seien Mittel eingestellt worden. Sie hätte den Wunsch, in der Begründung mit zu erwähnen, dass bei so einer Konzepterstellung das Thema zumindest mitgedacht und auch in Verbindung gebracht werden soll. Damit würde dieser vernetzende Gedanke ein Stück noch erweitert.

Die Begründung im Antrag könne nicht geändert werden, äußert **Frau Stadträtin Apel** und die SPD-Fraktion würde nicht zustimmen.

Frau Stadträtin Schewe sei klar, dass das für viele Menschen etwas Neues sei. Sie würde sich freuen, wenn man sich darauf einließe und es versucht werden würde.

Herr Dr. Müller beantragt als Gast Rederecht, die Mitglieder stimmen zu.

Herr Dr. Müller (Gast) ergänzt, im Seniorenbeirat sei der Antrag mit 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen abgelehnt worden. Danach hätte man sich am Runden Tisch zusammengesetzt. Es ginge darum, die gute Substanz des Antrages zu erweitern. Er weist darauf hin, dass das Fachgremium Altenhilfe und Seniorenarbeit kein Träger sei. Das sei im Altenhilfeplan der Landeshauptstadt Dresden enthalten. Es sei ein Versuch in die richtige Richtung und vielleicht auch mit Modellcharakter für andere Stadtteile. Weiterhin fragt er, ob er richtig verstanden hätte, dass die SPD-Fraktion ein Problem mit den Nachbarschafts- und Kulturzentren hätte? Abschließend äußert er sich zu den wirklichen bzw. unwirklichen Begegnungen.

Die SPD-Fraktion würde großen Wert auf diese Entwicklung der Nachbarschafts- und Kulturzentren legen, sehe dies als Konkurrenz, so **Frau Stadträtin Apel**. Es soll kein neues Kulturzentrum sein. Sie wiederholt, der zweite Anstrich im Antrag wird geändert, die Räume sollen barrierefrei sein.

Abschließend fasst **Frau Kursitza-Graf** nochmals zusammen und bittet um Abstimmung des so geänderten Antrages.

Die „virtuellen“ Mitglieder stimmen zuerst ab und dann die Mitglieder vor Ort.

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept eines Vernetzungs- und Beteiligungszentrums in der inneren Altstadt zu schaffen, welches folgende Bedingungen erfüllt:

- es liegt zentral und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen,
- ~~es ist barrierearm mit der langfristigen Zielsetzung der Herstellung der vollständigen Barrierefreiheit im Sinne der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Landeshauptstadt Dresden,~~
die Räume sollen barrierefrei sein,
- es gibt multifunktional nutzbare Räume und eine Kücheneinheit,
- verschiedene Träger, beispielsweise der ~~Hörbehindertenverband~~ **Schwerhörigen Dresden e.V.** sowie das Projekt „Zur Tonne“ u.a., sollen bei der Entwicklung des Zentrums mitwirken können, **ebenso einzubeziehen ist das Fachgremium Altenhilfe und Seniorenarbeit Altstadt,**
- Ziel des Zentrums soll sein, dass sich Menschen verschiedenster Interessengruppen nicht nur Räume teilen, sondern es zu wirklichen Begegnungen kommt,
- begleitend dazu soll eine Stelle eingerichtet werden, welche die Koordination der Selbstorganisation der verschiedenen Gruppen unterstützt, welche Informationen zur Selbsthilfe zur Verfügung stellt, entstehende Initiativen im Zentrum begleitet und zur Finanzierung berät und die Gruppen, welche im Zentrum aktiv sind, miteinander vernetzt sowie die Kommunikation **mit Akteuren der Selbsthilfe und Selbstvertretung in Dresden** mit der Stadtverwaltung sicherstellt,
- bei der Ein- und inhaltlichen Ausrichtung der Stelle sollen die Erfahrungen der „Community Manager“ aus dem Bereich der Arbeit für und mit Menschen mit Migrationshintergrund genutzt werden.
- **der Treff soll modellhaft für den Ausbau Sorgende Gemeinschaften in der Altstadt konzipiert werden und hat dafür partizipativ verschiedene Akteure aus der Behinderten- und Seniorenvertretung einzubeziehen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 4

3 Sonstiges

Keine.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Kursitza-Graf** bedankt sich und schließt die Sitzung.

Beate Kursitza-Graf
Vorsitzende

Kerstin Kinscher
Schriftführerin

Tanja Schewe
Stadträtin

Elvira Kruse
Mitglied